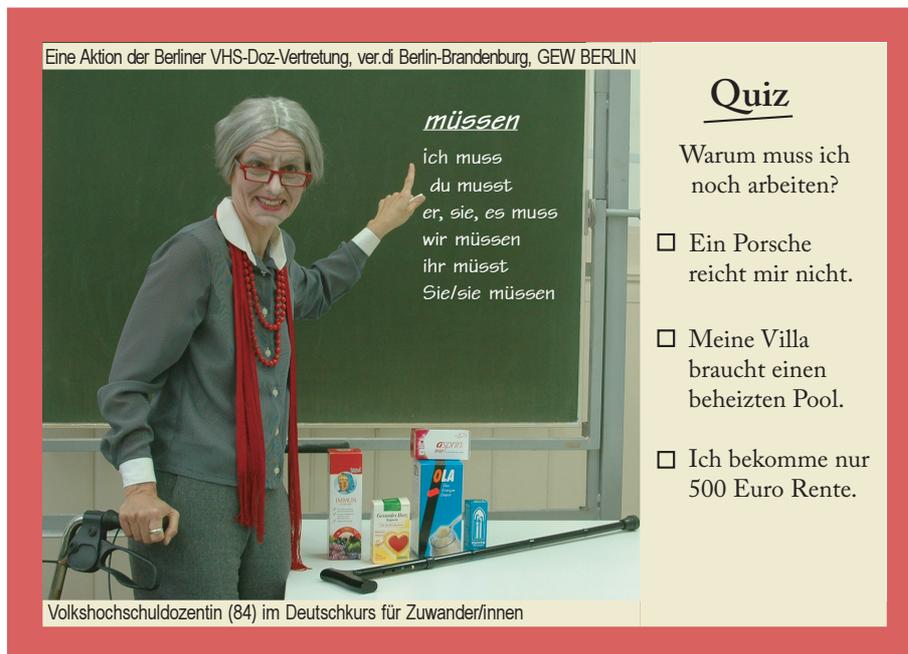


Beate Streng, Linda Guzzetti und Sabine Heurs

Vier Artikel zur Situation der Dozent*innen an den Berliner Volkshochschulen



Überblick zu den vier Artikeln

Artikel 1

100 Jahre Volkshochschulen: Unsichere Beschäftigung für Lehrende Eine Sitzung der Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung bei ver.di, Januar 2019

Hier beschreiben wir als VHS-Dozent*innen-Vertretung aktuelle Probleme von Lehrenden mit der VHS, vorgetragen auf einer Zusammenkunft bei ver.di. Darunter fallen insbesondere fehlendes Konfliktmanagement und Unsicherheiten bei Kursausfall.

Artikel 2

Stichwort Tarifvertrag: Unsere Forderungen an das Land Berlin VHS-Dozent*innen werden als Lehrkräfte dritter Klasse betrachtet

Hier erläutern wir unsere Forderung nach einem Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Kursleitende zur sozialen Absicherung an das Land Berlin und verlangen die Umsetzung des Berliner Regierungsprogramm von 2017. Zudem formulieren wir Forderungen, die die VHS Berlin betreffen. Dazu gehört ein faires Konfliktmanagement sowie die Ermutigung für die Gründung einer Dozent*innen-Vertretung an jeder VHS.

Artikel 3

Kleine Historie: Von der Depression zum Erfolg. Aktionen und Errungenschaften der Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung

Dort berichten wir, warum wir trotz allen Gegenwinds nicht aufgegeben haben und was wir erreicht haben. Mut gemacht für unseren Beruf haben uns vor allem die Teilnehmenden.

Artikel 4

Ausblick: Die Berliner Volkshochschulen 2030. Dozent*innen-Traum von den Tempeln der Weiterbildung

Wir freuen uns über einladende, renovierte Räume mit aktueller technischer Ausstattung und die gute Einbindung, Mitsprache und Bezahlung von VHS-Lehrkräften. Viele Lehrende sind für Daueraufgaben angestellt, arbeitnehmerähnliche durch einen Tarifvertrag geschützt, und weitere freie Mitarbeiter*innen werden auch gut bezahlt und geschätzt.

Zu Artikel 1

100 Jahre Volkshochschulen: Unsichere Beschäftigung für Lehrende

Eine Sitzung der Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung bei ver.di, Januar 2019

Ver.di-Hochhaus am Ostbahnhof, Freitagnachmittag 17 Uhr. Zehn Sprecher*innen der Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung treffen sich mit Bildungssekretär André Pollmann von ver.di. Diese monatlichen Zusammenkünfte sind für alle Berliner VHS-Dozent*innen offen.

Heute haben wir einige Gäste – und leider mal wieder das Gefühl: Die Hütte brennt. Gemeint ist die Lage von Lehrenden. Ausruhen, Erfolge genießen - ist nicht für uns. Sisyphos lässt grüßen.

Freie Mitarbeiter*innen ohne Rechte

Eine Dozentin, die seit 30 Jahren an einer VHS arbeitet, berichtet von der fristlosen Aufkündigung ihrer Kurse, die schon im Programmheft stehen. Ein Konfliktgespräch mit ihrer neuen „PBL“ (Programmbereichsleitung) sei ungünstig verlaufen. Daraufhin habe die Direktorin die Zusammenarbeit mit der Kollegin sofort beendet. Ohne Anhörung der Dozentin. Wir haben selbst in solch schwerwiegenden Fällen keinen Anspruch auf ein Gespräch mit der VHS-Leitung und kein Recht, bei

Konfliktgesprächen eine Person unseres Vertrauens einzubeziehen. Die Möglichkeit einer externen Mediation gibt es für Dozent*innen auch nicht. „Ich verstehe bis heute nicht, was zu diesem Ende geführt hat“, sagt die Kollegin – nach schlaflosen Nächten.

Wir beraten gemeinsam, was man tun kann und welche Rechtsmittel es geben könnte. Es sind nicht viele, denn wir erhalten auch nach jahrzehntelanger Beschäftigung immer nur kurzfristige Honorarverträge und fühlen uns bei Problemen oft unfair behandelt. Ein Personalrat ist für Freiberufliche nach dem Berliner Personalvertretungsgesetz derzeit nicht möglich, auch wenn viele von uns als arbeitnehmerähnlich anerkannt sind. Die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung wird zwar auf einer jährlichen Vollversammlung gewählt, ist aber eine selbstorganisierte Einrichtung, die keinerlei Rechte hat - ebenso wenig wie lokale VHS-Dozent*innen-Vertretungen, die es in einigen Bezirken gibt. Dennoch haben wir heute einige Ideen für diesen Fall.

Fazit: An jeder VHS muss es ein faires transparentes Verfahren bei Konflikten zwischen VHS und Dozent*in geben. Das ist überfällig und seit langem Beschluss auf unseren Vollversammlungen. Nur von der VHS Mitte sind uns Regeln für ein solches Konfliktmanagement bekannt.

Angst vor der Fachbereichsleitung

Eine weitere Kollegin erzählt ebenfalls von Beunruhigung innerhalb des Lehrkollegiums und würde gern bei ihrer Programmbereichsleitung einen Raum für eine Versammlung buchen. Sie fragt uns, ob sie dadurch ihre Aufträge gefährde. „Bei uns an der VHS Pankow haben wir problemlos einen Raum für eine Dozent*innen-Versammlung erhalten“, entgegnet eine Mitstreiterin, die in Pankow arbeitet. Dort wird derzeit eine lokale VHS-Dozent*innen-Vertretung aufgebaut – mit ausdrücklicher Unterstützung des Direktors. Aber die fragende Kollegin ist unsicher. Sie erwägt ein Raumangebot bei ver.di.

„Nebenpflichten“: Sprachberatung und Sprachprüfungen

Eine andere Kollegin spricht von „Nebenpflichten“, die im Deutsch-Bereich von der Programmbereichsleitung „mündlich“ verlangt würden, wenn man seine Kurse

behalten möchte. Zu diesen Nebenpflichten gehören Sprachniveau-Prüfungen sowie die Sprachberatung für Deutsch als Zweitsprache. Beide Tätigkeiten verlangen zusätzliche Fortbildung oder Einarbeitung, werden schlecht bezahlt - und die Prüfungen finden oft am Samstag statt. Auch dieses Thema der indirekten Drohung und Verpflichtung kennen wir. Deshalb fordern wir seit langem eine bessere Bezahlung, um diese Arbeiten attraktiver zu machen.

Sprachberatung ist sehr wichtig für den Erfolg der Kurse. Die Sprachberater*innen lotsen die Teilnehmer*innen in die passenden Kurse. Gerade im Deutschbereich sind die Formate zahlreich: u. a. Alphabetisierung, bundesfinanzierte Integrationskurse des BAMF, Kurse mit Berufsorientierung, senatsfinanzierte Eltern- und Flüchtlingskurse.

Die Beratenden sollen mehrere Fremdsprachen beherrschen, Warteschlangen mit Menschen aus aller Welt abarbeiten, über alle Kursarten informiert sein, Spracheinstufungstests abnehmen – und alles korrekt in die EDV eingeben. „Beratung ist deutlich anstrengender als Kursleitung“, schrieb uns kürzlich eine Kollegin. „Es ist oft laut, besonders wenn Kleinkinder dabei sind. Es gibt keine vorgeschriebenen Pausen. Man arbeitet oft stundenlang hintereinander, um die Warteschlange nicht noch weiter zu verlängern.“ Dafür bekommt man derzeit 25 EUR pro 60 Minuten. Wir fordern 40 EUR. Auch von diesem Honorar gehen natürlich Sozialversicherung und Steuern ab.

Mittellos nach Kursausfall

Ein Dozent teilt uns mit, dass ausgerechnet die Aktiven der lokalen Dozent*innen-Vertretung an seiner VHS weniger Kurse bekommen hätten. Er weiß aber nicht, ob es wirklich daran liegt. Wir kennen das Problem, dass den Engagierten mit Kursverlust gedroht wird und werden hellhörig. Der Kollege spricht von einem grundsätzlich „rauen Ton“ der Programmbereichsleitung, die sich oft im Ton vergreife. „Manche Kursleiter*innen haben richtig Angst vor einer unwirschen Reaktion.“ Nun wolle keiner mehr an dieser VHS für die örtliche Dozent*innen-Vertretung kandidieren.

Was die Honorarminderung des Kollegen betrifft – so können wir ihn „beruhigen“. Auch an einer anderen VHS wird von Kursausfällen berichtet. „Ohne Zuschläge sind

es ca. 8.400 EUR, mit Zuschlägen ca.10.600 EUR Honorarausfall“, schrieb uns eine betroffene Kollegin. Die Verträge für sechs Kursmodule seien schon unterschrieben gewesen. Nun steht sie von heute auf morgen ohne diese Einnahmen da. Pro Kurs stehen ihr laut VHS-Ausführungsvorschriften zwei Unterrichtseinheiten (UE) Ausfallzahlung zu, also für sechs Kurse 420 Euro, mit Zuschlägen 530 Euro in diesem Fall. Wir fordern höhere Ausfallzahlungen, die sich an der Länge der Kurse orientieren. Schließlich haben wir unsere Zeit dafür reserviert.

VHS-Tarifvertrag: Lobbyarbeit in der Politik

Nach diesem Notszenario kommen unsere Aufgaben in der Politik. Im Berliner Regierungsprogramm – das haben wir durch Lobbyarbeit erreicht - sind uns „tarifvertragliche Regelungen“ für arbeitnehmerähnliche VHS-Dozent*innen in Aussicht gestellt worden. Wir fordern nun die Umsetzung. Mit einem Tarifvertrag für Arbeitnehmerähnliche – wie bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – könnte man eine gewisse soziale Absicherung schaffen. Derzeit haben wir nicht einmal nach Elternzeit oder Krankheit einen Anspruch auf Wiedereinstieg.

Einige von uns berichten über Gespräche mit Politiker*innen im Berliner Abgeordnetenhaus. Wir diskutieren über weitere Politiktermine und eine Briefaktion. Hausaufgaben werden verteilt. Die guten Kontakte in die Politik haben uns bereits geholfen, deutliche Honorarerhöhungen 2018/19 zu erzielen.

Weiteres Thema an diesem Freitag ist die Jubiläumsfeier des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV) „100 Jahre Volkshochschulen“ in Frankfurt am 13.02.2019. Erste Kontakte zum DVV hatten wir 2011 beim Deutschen Volkshochschultag in Berlin, damals allerdings als Demonstrant*innen für eine Ausfallzahlung bei Krankheit. Nun sind zwei von uns als Gäste zum Festakt geladen. Wir haben zudem einen Artikel für die DVV-Jubiläums-Broschüre geschrieben. Wir beraten noch über eine Presse-Erklärung sowie Infos für Gespräche am Rande des Festakts, zu dem auch andere Dozent*innen aus unserem bundesweiten DaF-DaZ-Netzwerk eingeladen sind.

Ver.di zahlt unsere Bahnkarten nach Frankfurt, versichert Bildungssekretär Pollmann. Aber warum nehmen wir den Aufwand mitten in der Woche überhaupt auf uns?

„Lehren ohne Rotstift, lernen ohne Druck. Deshalb arbeite ich an der VHS“, sagt spontan eine Fremdsprachendozentin in unserer Runde. Wir fahren, weil wir die Idee der Volkshochschulen „Bildung für alle“ gut finden und weil wir unseren Beruf als Lehrende lieben. Nur leider sind unsere Beschäftigungsbedingungen nach 100 Jahren Volkshochschulen nicht mehr zeitgemäß und passen nicht zu deren emanzipatorischem Ansatz.

Freitag, 20:30 Uhr. Draußen im Regen reden wir noch ein wenig vor dem ver.di-Hochhaus an der Spree. Dort steht in großen Lettern an der Fassade: „Würde hat ihren Wert. Arbeit hat ihren Preis.“ Das gilt auch für uns.

Zu Artikel 2

Stichwort Tarifvertrag: Unsere Forderungen an das Land Berlin

VHS-Dozent*innen werden als Lehrkräfte dritter Klasse betrachtet

Wir Berliner Volkshochschuldozent*innen arbeiten fast ohne soziale Absicherung und werden ausnahmslos freiberuflich beschäftigt. Wir haben studiert. Wir werden dauerhaft gebraucht. Als Deutschlehrkräfte für die Integration, in Fremdsprachen, in der IT-Weiterbildung – in der Erwachsenenbildung für ein lebenslanges Lernen. Anders als früher leben viele Dozent*innen heute, gerade in der Metropole Berlin, von dieser Arbeit. Das ist meist kein Nebenjob, sondern unser Beruf: Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung und für Deutsch als Zweitsprache.

Etwa 750 der insgesamt rund 3 000 Berliner VHS-Kursleiter*innen sind vom Land Berlin als „arbeitnehmerähnlich“ anerkannt und erhalten gesetzliches Urlaubsentgelt sowie Zuschläge zur Kranken- und Rentenversicherung. Wir Arbeitnehmerähnliche leisten rund 70 Prozent des Berliner VHS-Unterrichts. Dennoch werden wir – nach Beamten und Angestellten – wie Lehrkräfte dritter Klasse bezahlt und behandelt.

Selbst bei jahrzehntelanger Vollzeitbeschäftigung erhalten wir nur Honorarverträge für wenige Wochen. Wir haben keine Personalvertretungs- oder Mitspracherechte. Infolge der jahrelangen Unterbezahlung betragen unsere Rentenaussichten als akademische Lehrkräfte nach 35 Jahren VHS-Vollzeit nur um die 600 Euro. Die meisten Kolleg*innen müssen im Rentenalter weiterarbeiten und viel hinzuverdienen. All dies im öffentlichen Auftrag des Landes Berlin.

Wir verdienen – selbst nach der 35-Euro-Erhöhung – nur halb so viel wie angestellte Lehrer*innen mit vergleichbarer Qualifikation. Als Vollzeit betrachten wir - wie bei angestellten Lehrer*innen - 26 Unterrichtseinheiten pro Woche. Eine Unterrichtseinheit setzt sich zusammen aus 45 Minuten Unterricht und 45 Minuten Vor- und Nachbereitung, beträgt damit 90 Minuten laut VHS-Honorarvertrag.

Verdienst einer Deutsch-Integrationskurslehrkraft 2017

VHS Berlin

Ausbildung: Studium Anglistik/Skandinavistik, Zusatzqualifizierung DaZ/DaF

Berufsjahre 22

Alter 50 Jahre

Arbeitswochen: 44 pro Jahr

Ferien: 8 Wochen - davon honoriert 4 Wochen über das gesetzliche Urlaubsentgelt

Unbezahlt: 4 Wochen unterrichtsfreie Zeit, Feiertage

Arbeitszeit pro Woche: **37,5 Zeitstunden** (mit Vor- und Nachbereitung) =
25 Unterrichtseinheiten (UE / 90 Min.)

Rita Rüstig*	Steuerbescheid 2017
Hinweis	Dieses Verdienst-Beispiel geht davon aus, dass die Dozentin dauerhaft arbeitet und weniger Ferien hat als angestellte Lehrer*innen
Honorarsatz 35 € pro UE	plus VHS-Sozialzuschlägen für Arbeitnehmerähnliche: 44,17 € pro UE
38 903 €	Jahresverdienst 2017 (Arbeitgeberbrutto, inklusive VHS-Zuschlägen)
- 9 633 €	Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung
- 5 907 €	Betriebskosten (Bücher, Computer, Fahrtkosten, Arbeitszimmer, Fortbildungen etc.)
- <u>4 030 €</u>	Steuern
19 333 €	Jahresverdienst nach Abzügen
1 611 €	Monatseinkommen nach Abzügen
	Weitgehend unbezahlt sind Konferenzen, Fortbildungen, Beratung von Teilnehmenden
Achtung	Dieses Honorar ist Best-Practice, Dozentin dauerhaft beschäftigt, ohne Krankheit. Die Ausfallzahlung bei Krankheit beträgt 80 % des Honorarausfalls ab dem 4. Tag, für maximal 6 Wochen im Jahr. Bei

jeder neuen Krankschreibung fallen drei unbezahlte Karentztage an. In Ferien gibt es keine Ausfallzahlung, aber möglicherweise keine Kurse nach der Krankheit. Kein Anspruch auf Weiterbeschäftigung nach Krankheit, Elternzeit oder Pflege von Angehörigen. Jederzeit ist Kursausfall oder Stundenkürzung möglich, kein Arbeitslosengeld.

Rentenaussichten	Deutsche Rentenversicherung Bund 2018
Rente mit 67	nach 39 Berufsjahren
791 € pro Monat	Bei einer Rentensteigerung von jährlich 1 % - 930 €
	Quelle: *Name geändert, reales Beispiel: Steuerbescheid, Rentenaussicht der Deutschen Rentenversicherung Bund

Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS-Dozent*innen

Wir fordern – gemeinsam mit ver.di - die Umsetzung des Regierungsprogramms: einen Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS Dozent*innen. Vorbild sind die Tarifverträge für arbeitnehmerähnliche freie Mitarbeiter*innen an öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Generell streben wir die Option auf Anstellung für arbeitnehmerähnliche VHS-Dozent*innen an: Dauerstellen für Daueraufgaben. Aber die 20 Prozent Festanstellungen, wie im Regierungsprogramm bis 2021 zugesagt, würden im Moment eine Zwei-Klassengesellschaft unter den Dozent*innen mit sich bringen. Deshalb wollen wir zunächst Verbesserungen für alle arbeitnehmerähnlichen Kursleitenden erreichen.

Unsere Kernforderungen

- Honorare entsprechend den Gehältern angestellter Lehrer*innen an Schulen mit vergleichbarer Qualifikation (60 EUR pro UE = für 1,5 Zeitstunden)
- erster Schritt: 40 EUR pro UE = 1,5 Zeitstunden, wie z. T. in Alphabetisierungskursen des Bundesamtes für Migrations und Flüchtlinge (BAMF)
- Sprachprüfung: 50 EUR pro Zeitstunde für Prüfungen / u. a. VHS-Prüfungszentrale
- Sprachberatung: 40 EUR pro Zeitstunde, mit Pausenregelung
- 100 % Ausfallzahlung bei Krankheit – ab dem 1. Tag
- Weiterbeschäftigungsanspruch nach Elternzeit, Krankheit oder Pflege von Angehörigen

- Beschäftigungssicherung – Sicherung des Auftragsvolumens
- Ausgleichszahlungen bei einer Jahresverdienstminderung von mehr als 10 Prozent
- Bei Kurswegfall/Kursausfall: Mehr Ausfallhonorar gemäß Kurslänge, Angebote zur Weiterbildung oder zu anderen Kursen
- Bezahlung der Teilnahme an Konferenzen aller Art sowie an Fortbildungen
- 30 Tage bezahlter Jahresurlaub
- zusätzliche Altersvorsorge in der Versorgungskasse Bund Länder (VBL)

Was uns besonders wichtig ist: Verbesserungen für Dozent*innen müssen aus zusätzlichen Haushaltsmitteln finanziert werden und von den Einnahmen der VHS aus Teilnahmegebühren entkoppelt werden.

Außerdem fordern wir Personalvertretungsrechte. Dafür müsste das Personalvertretungsgesetz in Berlin geändert werden. In Hessen und NRW gibt es bereits ein Personalvertretungsgesetz, das auch freie Mitarbeiter*innen einbezieht.

Faire Volkshochschulen: Unsere Forderungen an die VHS Berlin

- Ermutigung zur Wahl einer Dozent*innen-Vertretung in allen Programmbereichen
- Beschwerde- und Anregungsmöglichkeiten für Dozent*innen
- faires, transparentes Verfahren zur Lösung von Konflikten zwischen Lehrenden und VHS.

Dozent*innen sollen im Konfliktfall den Anspruch haben, mit einem Vorgesetzten und mit der VHS-Leitung zu sprechen und dabei eine Person des Vertrauens mitzunehmen. Im Extremfall soll es eine externe Mediationsmöglichkeit geben.

- Bei Beschwerden von Teilnehmer*innen: faires Konfliktmanagement (siehe VHS Mitte)
- Sprachberatung: Bessere Bezahlung, Höchstsatz der VHS-Bandbreite
- Kleingruppenkurse bei drohendem Kursausfall an allen Berliner Volkshochschulen
- Dozent*innen-Raum an jedem Standort
- Kostenloses Kopieren für den Unterricht

Zu Artikel 3

Kleine Historie: Von der Depression zum Erfolg

Aktionen und Errungenschaften der Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung

2008 waren die Berliner VHS-Dozent*innen auf einem Tiefpunkt.

Seit 1991 hatte es keine Honorarerhöhung gegeben: Honorarsatz für Sprachkurse 21,50 Euro pro Unterrichtseinheit - für 1,5 Zeitstunden mit Vor- und Nachbereitung. Vollzeitverdienst nach Abzügen etwa 1.100 Euro pro Monat bei unsicherer Beschäftigungslage. In den 17 Jahren Honorarstillstand stiegen die Lebenshaltungskosten um etwa 40 Prozent. Vorher, bis 1991, waren die VHS-Honorare am Lehrergehalt der damaligen Entgeltgruppe BAT III orientiert. Das waren bessere Zeiten.

2008 hatten wir noch keine Ausfallzahlung bei Krankheit.

VHS-Dozent*innen, selbst die mit Vollzeitbeschäftigung in Deutschkursen, schlichen deprimiert durch ihr Berufsleben. Bei Fieber und Heiserkeit, nach Bandscheibenvorfall oder Hüft-OP schlepten sie sich zur Arbeit, um Verdienstausschlag zu vermeiden. Trotzdem empfanden viele ihren Beruf als sinnvoll. Die Teilnehmenden haben uns vor Hoffnungslosigkeit gerettet.

Dann ging es bergauf. Langsam.

2009 erste einmalige Honorar-Erhöhung von sechs Prozent.

Ab 2012 Ankoppelung der VHS-Honorare an Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst.

Ab 2014 Ausfallzahlung bei Krankheit für Arbeitnehmerähnliche

Ab August 2019 – 35 EUR Honorarsatz pro UE ...

für alle VHS-Dozent*innen mit akademischer oder vergleichbarer Qualifikation. Dieses Honorar wurde bereits seit August 2016 in Deutsch-Integrationskursen nach BAMF-Vorgaben über Bundesmittel bezahlt. Auch Lehrende in anderen VHS-Programmbereichen profitieren prozentual von dieser Erhöhung.

Und erstmals kommt unsere Honoraranhebung größtenteils aus dem Berliner Landeshaushalt - und nicht nur aus höheren Kursgebühren wie zuvor.

Diese Errungenschaften sind nicht vom Himmel gefallen.

Denn die Gespräche der Dozent*innen-Vertretung mit Berliner VHS-Leitungen und der Bildungsverwaltung verliefen über Jahre ergebnislos. „Von Beamten ist noch nie eine Revolution ausgegangen“, sagte uns 2008 ein VHS-Direktor lapidar. Zuständig für uns fühlte sich auch sonst fast niemand, nicht die Bezirke, nicht die Landespolitik, nicht die Bundespolitik, die die Integrationskurse finanziert. Unsere Situation hatte

bei allen Anstrengungen etwas Kafkaeskes. „2011 standen wir vor der Entscheidung: aufgeben oder durch-starten?“, erinnert sich eine Mitstreiterin. Wir wählten Letzteres. Und dankend möchten wir hervorheben: Es gab damals doch ein paar Einzelne, die uns Mut machten, mal ein Politiker, mal ein VHS-Direktor, mal eine Verwaltungsmitarbeiterin, mal ein Mensch aus der Berliner Bildungsverwaltung.

Aktions-Coming-Out 2011 beim Deutschen Volkshochschultag in Berlin.

Wir kreierten eine Aktionspostkarte und demonstrierten als Kranke verkleidet für eine Ausfallzahlung bei Krankheit. Diese wurde damals von den meisten Berliner VHS-Leitungen und dem Rat der Bürgermeister abgelehnt. Erste Presseerklärung über ver.di, erstes Interviews im Deutschlandfunk. Später folgten viele Interviews.

Wir starteten eine ver.di-Eintritts-Kampagne.

Mit Unterstützung von ver.di schrieben wir Briefe und Infoblätter, traten im Berliner Abgeordnetenhaus auf und führten auch im Bundestag Hintergrundgespräche über das damals extrem niedrige Integrationskurshonorar. Am 5. Oktober, am Weltlehrertag, erinnern wir regelmäßig mit anderen Honorarlehrkräften daran, dass unsere unsicheren Beschäftigungsbedingungen nicht die UNESCO-Standards für Lehrende von 1966 erfüllen. Demnach sollen alle Lehrkräfte - unabhängig von der Schulart - angemessen bezahlt sowie bei Krankheit und im Alter abgesichert sein.

In zwei Berliner Landeswahlkämpfen, 2011 und 2016, waren wir unterwegs. Wir haben Gesicht gezeigt für uns – und für die Volkshochschulen, deren Arbeit wir rühmten. Und wir haben gelernt, dass Politik ein langsames Geschäft ist. Aber es hat sich gelohnt.

2016 schafften wir es schließlich, Verbesserungen für VHS-Dozent*innen im Koalitionsvertrag und im Regierungsprogramm von SPD, Linken und Grünen zu verankern. Ein Versprechen auf Papier, das beinahe auch von dieser rot-rot-grünen Landesregierung vergessen worden wäre. Aber 2017 konnten wir die 35 Euro in den Berliner Doppelhaushalt 2018/19 boxen. Und es geht noch mehr.

Zu Artikel 4

Ausblick: Die Berliner Volkshochschulen 2030

Dozent*innen-Traum von den Tempeln der Weiterbildung

Die Gebäude sind einladend bunt oder hell gestrichen und gut gepflegt. Es gibt keine Dauer-Baustellen mit flatternden Planen, die bei Wind den Unterricht stören, auch keine Fenster, von denen die Farbe abblättert. Siffige Toiletten ohne Seife und Papier sind nur noch eine vage Erinnerung, die wir schon fast vergessen haben, denn gemeinsam mit VHS-Leitungen und einer erstarkenden Lobby für die Berliner Volkshochschulen haben wir im Landeshaushalt Geld locker gemacht.

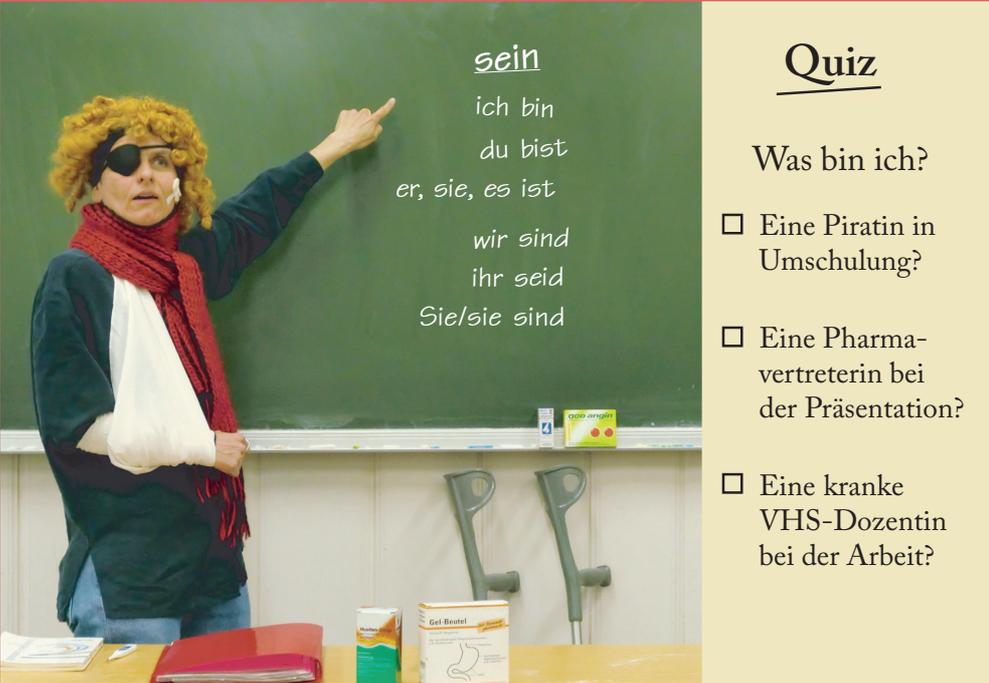
Die Haustechniker*innen halten Geräte wie elektronische Tafeln in Schuss. Wir haben Interaktive Whiteboards in allen Unterrichtsräumen: Immer technisch problemlos, unempfindlich für Fehlbedienungen oder sonstige Schäden, augenschonend. Aber wir nutzen sie gezielt. Nicht als Dauer-Display, auf das alle unentwegt starren, und dabei aufhören, sich gegenseitig zu beachten. Die Volkshochschulen sind Orte, wo sich Menschen ins Gesicht sehen.

Und selbstverständlich können wir alle für den Unterricht kostenlos kopieren.

Viele von uns, die für Daueraufgaben in den Bereichen Deutsch als Zweitsprache, Grundbildung, Fremdsprachen, Gesundheit, EDV und Kunst arbeiten, sind angestellt. Honorarlehrkräfte gibt es auch. Sie werden analog nach Angestelltentarif und ihrer Qualifikation bezahlt, Arbeitnehmerähnliche sind durch einen Tarifvertrag sozial geschützt. Kursleitende, die nur wenige Stunden unterrichten, zum Beispiel Jonglier- oder Kochkurse geben, bekommen ein angemessenes Honorar mit Respekt für ihr freiberufliches Angebot und für Innovationen.

Auf regelmäßigen Konferenzen und im Arbeitsalltag können wir organisatorische und didaktische Probleme besprechen und lösen. An allen Standorten gibt es einen Dozent*innenraum mit Sofa und Kaffeemaschine, an manchen sogar ein VHS-Café. Überall können wir frei, kritisch und konstruktiv unsere Meinung äußern. Denn gesicherte und freundliche Arbeitsverhältnisse bedeuten, dass wir nicht mehr vom Wohlwollen der Vorgesetzten abhängig sind, die uns Kurse geben oder nehmen. Bei Problemen oder Konflikten wenden wir uns direkt an Verwaltungsmitarbeiter*innen und an die Programmbereichsleitung. Längst hat jede Berliner Volkshochschule Richtlinien zur Konfliktbewältigung erarbeitet. In schwierigen Fällen vertritt uns der Personalrat. Wir werden nicht mehr als Außenstehende gesehen, sondern als Kollegium der Volkshochschule.

Wie normale Arbeitnehmer*innen können wir mit 67 in Rente gehen, statt wie früher weiter arbeiten zu müssen. Damals, 2019, erwarteten ältere VHS-Dozent*innen eine Rente von etwa 600 Euro, die nicht zum Leben reichte. Jetzt arbeiten manche freiwillig im Rentenalter weiter und trinken mit den jüngeren Kolleg*innen in der Pause Kaffee - in den Tempeln der Weiterbildung.



sein
ich bin
du bist
er, sie, es ist
wir sind
ihr seid
Sie/sie sind

Quiz

Was bin ich?

- Eine Piratin in Umschulung?
- Eine Pharmavertreterin bei der Präsentation?
- Eine kranke VHS-Dozentin bei der Arbeit?

Autorinnen

Beate Strenge, VHS-Dozentin für Deutsch als Zweitsprache, Integrations- und Elternkurse sowie Mittelstufe Deutsch für Fortgeschrittene (B2 bis C1)

Sabine Heurs, VHS-Dozentin für Deutsch als Zweitsprache, Integrationskurse

Linda Guzzetti, VHS-Alphabetisierungskurse Deutsch des BAMF, ehemals VHS-Dozentin für Italienisch und Lehrbeauftragte für Italienisch an verschiedenen deutschen Universitäten/Hochschulen